

26.01.05

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes und weiterer Gesetze

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 26. Januar 2005

An den
Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses
des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

Die Bundesregierung hat beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am 11. November 2004 verabschiedeten

Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes und weiterer Gesetze

zu verlangen, dass der Vermittlungsausschuss gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes einberufen wird.

Gerhard Schröder

An den
Präsidenten des Bundesrates

Das vorstehende Schreiben wurde dem Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses am 26. Januar 2005 zugeleitet.

Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat: Drs. 987/04 (Beschluss)